

# Der Ukraine-Krieg: Herausforderungen für die Schweiz

Seit Russland im Februar 2022 in die Ukraine einmarschiert ist, befindet sich Europa im Ausnahmezustand. Auf politischer wie wirtschaftlicher Ebene hat der Krieg weitreichende Konsequenzen. Wie lassen sich diese Entwicklungen einordnen? Und welche Herausforderungen ergeben sich daraus für die Schweiz?

## **Der geopolitische Kontext des Konflikts: eine Einordnung**

Für Europa ist der Krieg in der Ukraine der erste zwischenstaatliche Krieg auf europäischem Boden seit dem Zweiten Weltkrieg. Er beendet eine Phase, die sich in einer vertieften multilateralen Zusammenarbeit, einer starken Intensivierung der Globalisierung und auch der Erweiterung der EU und der NATO nach Osten äusserte. Wenig beachtet wurde dabei, dass diese Entwicklung aus Russlands Perspektive weniger positiv war, auch wenn sich das Land in dieser Phase ebenfalls stark öffnete. Russland nahm dabei auch eine zunehmend aggressive Haltung gegenüber seinen Nachbarstaaten ein. Im Westen, und insbesondere in Westeuropa, wurde diesen Entwicklungen lange nur eine geringe Aufmerksamkeit geschenkt. Frieden galt lange als selbstverständlich und die Sorgen der ehemaligen «Ostblockstaaten» wurden eher belächelt als ernst genommen.

Der Ukraine-Krieg hatte daher eine Schockwirkung im Westen, welche das schnelle und entschiedene Handeln

der westlichen Staaten erklärt. Getrieben von der Sorge, dass Russland zu Aggressionen gegenüber weiteren Staaten ermutigt werden könnte und sich der Krieg generell ausbreiten würde, haben sich die westlichen Staaten für umfassende Sanktionen und Waffenlieferungen entschieden. Die aktuelle Krise stellt insofern eine Zeitenwende dar, indem sie zeigt, dass die friedliche und prosperierende «post-cold-war era» nun vorbei ist, und das Bewusstsein für die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen schlagartig in ganz Europa geschärft hat.

Dabei sind zwei Entwicklungen bemerkenswert: Zum einen gibt es eine erstaunliche Einigkeit und Entschlossenheit unter den westlichen Staaten, Russland die Stirn





zu bieten. Damit hat Russland den Westen und die NATO so stark geeint wie lange nicht mehr. Bemerkenswert ist dabei insbesondere die herausragende Rolle der USA. Nachdem ihr Präsident noch vor wenigen Jahren den Fortbestand der NATO in Frage stellte, bezweifelt heute niemand mehr die Rolle und Bedeutung des Bündnisses oder die Notwendigkeit, durch Investitionen ins eigene Militär seine Handlungsfähigkeit zu erhalten. Eine zweite, weniger beachtete Entwicklung ist hingegen, dass die klare Verurteilung des Ukraine-Krieges und die klare Positionierung gegen Russland weitgehend auf westliche Staaten beschränkt bleibt. Auch wenn zu Beginn des Krieges eine Mehrheit von Staaten in der UNO-Vollversammlung die russische Aggression verurteilte, wird der Krieg im Rest der Welt weniger eindeutig gesehen als im Westen. Insbesondere grosse und wichtige «emerging markets» wie beispielsweise Indien, China oder die Türkei haben es vermieden, sich klar auf einer Seite zu positionieren.

Neben diesen aktuellen geopolitischen Entwicklungen ist es auch wichtig, den grösseren geopolitischen Kontext zu betrachten. Der Ukraine-Krieg ist in umfassendere Entwicklungen eingebettet, die wir seit etwa einem Jahrzehnt beobachten können und welche die regelbasierte, multilaterale Weltordnung nachhaltig unter Druck setzen. Dieser Druck kommt sowohl von innen – von den Staaten, welche den Kern der aktuellen Weltordnung bilden – als auch von aussen – von Staaten, die mit der aktuellen Weltordnung unzufrieden sind. Druck von innen erzeugt vor allem der sogenannte «Backlash against Globalization», womit eine zunehmende Ablehnung der Globalisierung durch die öffentliche Meinung, politische Akteure und tatsächliche politische Entscheidungen gemeint ist. Der Backlash zeigt sich nicht nur in rechtspopulistischer, nationalistischer Kritik an verschiedenen internationalen Institutionen wie beispielsweise der EU oder dem Internationalen Strafgerichtshof, welche typischerweise die Kosten internationaler Kooperation betont und Errungenschaften wie Wohlstand und Frieden herunterspielt oder als selbstverständlich ansieht. Der Backlash hat auch in Form konkreter «Projekte» zur Schwächung internationaler Institutionen beigetragen – Beispiele sind der Brexit oder

die Blockierung des WTO-Schiedsgerichts durch die USA. Besonders herausfordernd ist dabei der «isolationist turn» der USA, der bereits unter Obama begann und mit Trumps «America First»-Politik seinen vorläufigen Höhepunkt fand. Auch wenn dieser Prozess aktuell durch den Ukraine-Krieg eingedämmt ist, stellt sich die Frage, wie es langfristig mit den USA weitergeht, gerade auch, wenn die Erosion der US-amerikanischen Demokratie nicht gestoppt werden kann. Interessant ist, dass Russland bei diesen Herausforderungen von innen ein aktiver Player zu sein scheint: Es gibt Hinweise, wonach Russland nationalistische Parteien und Projekte finanziell und ideell unterstützt.

Neben diesem Druck von innen auf die regelbasierte, multilaterale Weltordnung gibt es auch Herausforderungen von aussen. Die Welt hat sich in den letzten Jahren massiv verändert, nicht zuletzt durch den Aufstieg Chinas. Diese Veränderungen führen zur Unzufriedenheit von Staaten, die in der aktuellen Weltordnung politisch weniger Einfluss haben, als ihnen nach eigenem Empfinden zustehen würde. Staaten wie China, Indien oder die «emerging markets» generell sind wirtschaftlich stark gewachsen, ohne dass sich dies auf der globalen Bühne in mehr Status, Anerkennung oder politischem Einfluss äussert. Viele dieser Staaten zeigen auch zunehmend autokratische Tendenzen und stellen die liberalen und demokratischen Werte der aktuellen Weltordnung in Frage. Auch hier ist Russland ein wichtiger Player, wenn auch als Spezialfall eines militärisch starken, aber wirtschaftlich eher schwachen Staates, der stark an Einfluss verloren hat und nun um seinen Status kämpft.





# «Die Einigkeit und Entschlossenheit, Russland die Stirn zu bieten, ist erstaunlich.»

## Welche Herausforderungen ergeben sich aus dem Ukraine-Krieg für die Schweiz?

Der Ukraine-Krieg stellt die Schweiz vor eine Reihe von Herausforderungen. Dabei handelt es sich nicht zuletzt um militärische Herausforderungen – beispielsweise die Frage, wie gut die Schweiz auf einen allfälligen Ernstfall vorbereitet ist. Ich werde mich hier jedoch auf breitere Herausforderungen konzentrieren, mit welchen die Schweiz mittel- und langfristige umgehen muss.

Mittelfristig stellen sich in der Schweiz drei grosse Herausforderungen. Erstens hat die Ukraine-Krise grosse wirtschaftliche Auswirkungen, von der die Schweiz unmittelbar, aber auch indirekt betroffen ist. Unmittelbar sind die Auswirkungen der Sanktionen, welche gewisse Geschäftstransaktionen verbieten. Mittelbarer, jedoch nicht weniger schwerwiegend, ist die Frage der Öl-, Gas- und Kohleversorgung, bei welcher die Schweiz nicht nur zum Teil indirekt von Russland abhängig ist, sondern auch durch die generell gestiegenen Rohstoffpreise betroffen ist. In diesem Bereich gibt es eine besondere Herausforderung für die Schweiz: Da die EU-Staaten im Strombereich zukünftig stärker zusammenarbeiten werden, besteht für die Schweiz aufgrund eines fehlenden Stromabkommens mit der EU ein erhöhtes Risiko einer Strommangellage ab 2025. Sollte der Ukraine-Krieg die Stromversorgung in der EU mittel- bis längerfristig ver-

knappen, verschärft sich dieses Problem. Gleichzeitig hat sich die globale Wirtschaftslage durch den Ukraine-Krieg und die weiterhin akuten, pandemiebedingten Lieferkettenprobleme deutlich verdüstert. Die Inflation ist weltweit gestiegen und eine globale Rezession ist nicht unwahrscheinlich. Als kleine, offene Volkswirtschaft sind Schweizer Unternehmen von diesen Entwicklungen unmittelbar betroffen.

Zweitens rückt der Ukraine-Krieg die Flüchtlingsthematik wieder stärker ins Zentrum. Wie auch andere europäische Staaten hat die Schweiz aktuell eine grosse Flüchtlingswelle aus der Ukraine zu bewältigen. Auch wenn die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung gross ist und die Schweiz eine klare humanitäre Tradition hat, ist es denkbar, dass das Thema politisch wieder stärker dominiert. Dabei ist es möglich, dass neben der ukrainischen Flüchtlingswelle in den nächsten Jahren eine noch viel grössere Flüchtlingswelle aus Afrika und den MENA-Staaten nach Europa rollt, wenn die ausbleibenden Getreide- und Düngereporte die Brot- und Lebensmittelpreise in diesen Regionen längerfristig massiv erhöhen. Dies würde nicht nur die Hungersnot verstärken, sondern erhöht auch das Risiko für Konflikte. Zwei Dynamiken, welche eine Flüchtlingsbewegung nach Europa anheizen dürften.

Drittens ergeben sich für die Schweiz Fragen zum Umgang mit der Neutralität. In der Schweiz unterscheidet man zwischen dem Neutralitätsrecht (der Einhaltung der völkerrechtlich festgelegten Verpflichtungen neutraler Staaten) und der Neutralitätspolitik (der Umsetzung der Neutralität über diese Verpflichtungen hinaus). Die Einhaltung des Neutralitätsrechts ist in der Schweiz weitgehend unbestritten, auch wenn es gelegentliche Diskussionen über die konkrete Auslegung der Neutralität im Bereich von Waffenlieferungen gibt. Umstrittener ist die Ausgestaltung der Neutralitätspolitik, für welche die aktuelle Situation herausfordernd ist. Weil für eine kleine offene Volkswirtschaft wie die Schweiz die Einhaltung der völkerrechtlichen «Spielregeln» zentral ist und sie stark von einer regelbasierten, multilateralen Ordnung profitiert, setzt sich die Schweiz für diese Grundwerte ein. Das klarste Beispiel hierfür sind Sanktionen gegen Staaten, welche gegen diese Grundwerte eklatant verstossen. Aktuell hat die Schweiz neben Russland gegen 24 weitere Staaten und Akteure Sanktionen verhängt. Die Ausgestaltung der Neutralitätspolitik kann in der geopolitisch zunehmend angespannten Welt ein Drahtseilakt sein, zumal die Schweizer Neutralität im Ausland nicht immer verstanden wird. Der Schweizer Sitz im UNO-Sicherheitsrat ist dabei eine Chance: Die Schweiz hat hier die Möglichkeit, sich aktiv für die von ihr geteilten Grund-

werte der regelbasierten, multilateralen Grundordnung einzusetzen und ihre Position zu erklären.

Auch langfristig ergeben sich für die Schweiz Herausforderungen aus dem Ukraine-Krieg. Aus meiner Sicht ist die grösste Herausforderung für die Schweiz ihre Positionierung in dem sich wandelnden geopolitischen Kontext und dem zunehmenden «Wettbewerb» zwischen den liberalen, demokratischen Kernstaaten der liberalen Weltordnung (gemeinhin «der Westen») und den stärker autokratischen, revisionistischen Staaten, die eine Verschiebung der Machtverhältnisse im internationalen System zu ihren Gunsten anstreben (insbesondere China und Russland). In diesem Kontext könnte es für die Schweiz langfristig schwieriger werden, die bisherige Strategie mit einem engen Verhältnis zu fast allen Staaten (und insbesondere den USA, EU, China und Russland) weiterzuführen, obwohl die Schweiz namentlich wirtschaftlich bisher stark von dieser Strategie profitiert hat. Es wäre denkbar, dass von den verschiedenen Parteien in Zukunft eine stärkere Positionierung der Schweiz oder auch eine stärkere Gegenleistung eingefordert wird. So hat China bereits deutlich gemacht, dass es kein neues Handelsabkommen mit der Schweiz abschliessen wird, solange die Schweiz Kritik an der chinesischen Menschenrechtspraxis übt. Die westlichen Partner üben im Bereich des Steuerwettbewerbs Druck auf die Schweiz aus und die EU lässt die bilateralen Beziehungen zur Schweiz lieber erodieren, als substanzielle Zugeständnisse an

die Schweiz zu machen. Wichtig erscheint daher, die neue sicherheits- und geopolitische Situation frühzeitig strategisch zu analysieren und politisch aufzubereiten. Insgesamt könnte die neue Situation allenfalls auch dazu führen, dass der Trade-Off zwischen den Vorteilen internationaler Kooperation und den Vorteilen der nationalen Souveränität für die Schweiz neu bewertet werden muss.

Es ist daher zentral, dass die Schweizer Politik und Unternehmen eine längerfristige, ganzheitliche Strategie entwickeln, um auf solche neuen Forderungen und geopolitischen Entwicklungen zu reagieren. Solche Überlegungen sollten auch in einen grösseren strategischen Kontext eingebettet werden, welcher über die Sicherheitspolitik hinaus geht.



**Prof. Dr. Stefanie Walter**

Ordinaria für Internationale Beziehungen und Politische Ökonomie  
am Institut für Politikwissenschaft (IPZ)  
Universität Zürich

---

## Über Prof. Dr. Stefanie Walter:

Stefanie Walter ist ordentliche Professorin für Internationale Beziehungen und Politische Ökonomie am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich. Sie promovierte an der ETH Zürich in Politikwissenschaft über die politische Ökonomie von Währungskrisen und arbeitete im Anschluss an den Universitäten Harvard und Heidelberg. Ihre Forschung untersucht Verteilungskonflikte, politische Präferenzen und politische Entscheidungen im Zusammenhang mit Globalisierung, europäischer Integration und Finanzkrisen. Aktuelle Projekte befassen sich mit internationalen Desintegrationsprozessen wie dem Brexit, der politischen Ökonomie der Eurokrise und dem Backlash gegen die Globalisierung.

---

Dieser Artikel ist Bestandteil der KPMG Board Leadership News. Um diesen Newsletter für Verwaltungsrätinnen und Verwaltungsräte dreimal pro Jahr zu erhalten, können Sie sich **hier registrieren**.

### Über das KPMG Board Leadership Center

Das KPMG Board Leadership Center ist unser Kompetenzzentrum für Verwaltungsrätinnen und Verwaltungsräte. Mit vertieftem Fachwissen und neusten globalen Kenntnissen unterstützen wir Sie in Ihren aktuellen Herausforderungen, damit Sie Ihre Rolle höchst effektiv erfüllen können. Zusätzlich bieten wir Ihnen die Möglichkeit, mit Gleichgesinnten in Kontakt zu treten und sich auszutauschen.

Erfahren Sie mehr unter [kpmg.ch/blc](http://kpmg.ch/blc).

---

Die hierin enthaltenen Informationen sind allgemeiner Natur und beziehen sich daher nicht auf die Umstände einzelner Personen oder Rechtsträger. Obwohl wir uns bemühen, genaue und aktuelle Informationen zu liefern, besteht keine Gewähr dafür, dass diese die Situation zum Zeitpunkt der Herausgabe oder eine künftige Situation akkurat widerspiegeln. Die genannten Informationen sollten nicht ohne eingehende Abklärungen und professionelle Beratung als Entscheidungs- oder Handlungsgrundlage dienen. Bei Prüfkunden bestimmen regulatorische Vorgaben zur Unabhängigkeit des Prüfers den Umfang einer Zusammenarbeit. Sollten Sie mehr darüber erfahren wollen, wie KPMG AG personenbezogene Daten bearbeitet, lesen Sie bitte unsere Datenschutzerklärung, welche Sie auf unserer Homepage [www.kpmg.ch](http://www.kpmg.ch) finden.

© 2022 KPMG AG, eine Schweizer Aktiengesellschaft, ist eine Tochtergesellschaft der KPMG Holding AG. KPMG Holding AG ist Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Firmen, die mit KPMG International Limited, einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung englischen Rechts, verbunden sind. Alle Rechte vorbehalten.